

# Gesetz- und Verordnungsblatt

## für das Land Hessen · Teil I

1975	Ausgegeben zu Wiesbaden am 12. November 1975	Nr. 24
Tag	Inhalt	Seite
4. 11. 75	Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Auswandererschutzgesetz GVBl. II 306-4	253
4. 11. 75	Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung nach § 49 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes . . . . . GVBl. II 323-55	254
4. 11. 75	Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Bundesnotarordnung . . . . . GVBl. II 27-5	254
4. 11. 75	Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Bundesrechtsanwaltsordnung . . . . . GVBl. II 27-6	255
24. 10. 75	Verordnung zur Änderung der Vollstreckungskostenordnung zum Hes- sischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz (HessVwVG) . . . . . Ändert GVBl. II 304-13	255
24. 10. 75	Neunte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bildung von Kammern für Handelssachen . . . . . Ändert GVBl. II 210-24	258
28. 10. 75	Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen an den Ausbildungsstätten für landwirtschaftlich-technische Assistenten . . . . . GVBl. II 72-53	258
22. 10. 75	Anordnung des Direktors des Landespersonalamtes über die Fest- setzung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen . . . . . GVBl. II 320-68	260
31. 10. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens (Rundfunkgebührenstaatsver- trag) vom 5. Dezember 1974 . . . . . Zu GVBl. II Anhang Staatsverträge S. 171	267

### Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Auswandererschutzgesetz\*)

Vom 4. November 1975

Auf Grund des § 5 Abs. 1 Satz 1 des Auswandererschutzgesetzes vom 26. März 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 774) und des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 2. Januar 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 81, 520) wird verordnet:

#### § 1

Zuständig zur Ausführung des Auswandererschutzgesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ist der Regierungspräsident.

\*) GVBl. II 306-4  
1) GVBl. II 306-1

#### § 2

Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 6 des Auswandererschutzgesetzes ist der Regierungspräsident.

#### § 3

Es werden aufgehoben:

1. die Verordnung zur Ausführung des Reichsgesetzes über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 vom 18. März 1898 (Hess. Reg.Bl. S. 31)<sup>1)</sup>,
2. die Verordnung zur Ausführung der Verordnung gegen Mißstände im Auswanderungswesen vom 14. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. Teil I

- S. 107) vom 2. April 1924 (Hess.Reg. Bl. S. 235), geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361)<sup>2)</sup>,  
3. die Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 46 des Gesetzes über das Auswande-

rungswesen und § 11 der Verordnung gegen Mißstände im Auswanderungswesen vom 16. Dezember 1974 (GVBl. I S. 672)<sup>3)</sup>.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 4. November 1975

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident  
Osswald

Der Minister des Innern  
Bielefeld

<sup>2)</sup> GVBl. II 306-2  
<sup>3)</sup> GVBl. II 306-3

**Verordnung**  
zur Übertragung der Ermächtigung nach § 49 Abs. 3 Satz 1  
des Bundesbesoldungsgesetzes\*)

Vom 4. November 1975

Auf Grund des § 49 Abs. 3 Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1173, 1174), geändert durch Gesetz vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2089), wird verordnet:

§ 1

Rechtsverordnungen nach § 49 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes erläßt der Minister der Justiz im Einvernehmen mit dem Minister des Innern.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 4. November 1975

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident  
Osswald

Der Minister der Justiz  
Dr. Günther

\*) GVBl. II 323-55

**Verordnung**  
zur Übertragung der Ermächtigung zur Bestimmung der zuständigen  
Behörden nach der Bundesnotarordnung\*)

Vom 4. November 1975

Auf Grund des § 1 Satz 2 des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen vom 3. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 856) in Verbindung mit § 112 Satz 1 der Bundesnotarordnung vom 24. Februar 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 98), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1117), wird verordnet:

§ 1

Die Ermächtigung der Landesregierung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Bundesnotarordnung wird dem Minister der Justiz übertragen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 4. November 1975

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident  
Osswald

Der Minister der Justiz  
Dr. Günther

\*) GVBl. II 27-5

**Verordnung  
zur Übertragung der Ermächtigung zur Bestimmung der zuständigen  
Behörden nach der Bundesrechtsanwaltsordnung\*)**

**Vom 4. November 1975**

Auf Grund des § 1 Satz 2 des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen vom 3. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 856) in Verbindung mit § 224 der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 565), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2189), wird verordnet:

**§ 1**

Die Ermächtigung der Landesregierung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Bundesrechtsanwaltsordnung wird dem Minister der Justiz übertragen.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 4. November 1975

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident  
Osswald

Der Minister der Justiz  
Dr. Günther

\*) GVBl. II 27-6

**Verordnung  
zur Änderung der Vollstreckungskostenordnung  
zum Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz (HessVwVG)\*)**

**Vom 24. Oktober 1975**

Auf Grund des § 80 des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (HessVwVG) vom 4. Juli 1966 (GVBl. I S. 151), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), wird im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen verordnet:

**Artikel 1**

Die Vollstreckungskostenordnung vom 9. Dezember 1966 (GVBl. I S. 327), geändert durch Verordnung vom 15. Februar 1973 (GVBl. I S. 89), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Wird die Pfändung abgewendet, so wird die volle Gebühr erhoben, wenn an den Vollziehungsbeamten gezahlt wird, nachdem dieser sich an Ort und Stelle begeben hat. Die Hälfte der Gebühr wird erhoben, wenn auf andere Weise Zahlung geleistet wird, nachdem sich der Voll-

ziehungsbeamte bereits an Ort und Stelle begeben hat. Wird gezahlt, bevor sich der Vollziehungsbeamte an Ort und Stelle begeben hat, oder wird die Pfändung in anderer Weise als durch Zahlung abgewendet, so wird keine Gebühr erhoben.“

2. § 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Gebühr beträgt 10,— Deutsche Mark.“

3. In § 5 werden die Worte „8,— Deutsche Mark“ durch die Worte „20,— Deutsche Mark“ ersetzt.

4. In § 6 werden die Worte „8,— Deutsche Mark“ durch die Worte „20,— Deutsche Mark“ ersetzt.

5. In § 7 Abs. 1 werden die Worte „6,— Deutsche Mark“ durch die Worte „10,— Deutsche Mark“ ersetzt.

6. In § 8 Abs. 1 werden die Worte „9,— Deutsche Mark“ durch die Worte „20,— Deutsche Mark“ ersetzt.

\*) Ändert GVBl. II 304-13

7. In § 9 Abs. 1 werden die Worte „12,— Deutsche Mark“ durch die Worte „20,— Deutsche Mark“ ersetzt.

8. § 11 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Schreibgebühren für nicht von Amts wegen zu erteilende Abschriften und Formularkostenpauschale. Die Schreibgebühr beträgt für jede angefangene Seite 1,— Deutsche Mark, die Formularkostenpauschale 40 Deutsche Pfennig;“

b) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Fernsprechgebühren im Fernverkehr, Telegrafien- und Fernschreibgebühren;“

c) Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. Postgebühren für Zustellungen durch die Post mit Postzustellungsurkunde und für Nachnahmen; wird durch die Behörde gegen Empfangsbekanntnis zugestellt, so werden die für Zustellungen durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben;“

d) Die bisherigen Nr. 3 bis 9 werden Nr. 4 bis 10.

9. In § 12 Abs. 1 werden die Worte „15 Deutsche Pfennig“ durch die Worte „20 Deutsche Pfennig“ ersetzt.

10. Die Anlage 2 erhält folgende Fassung:

„Anlage 2  
(zu § 2 Abs. 4)

**Pfändungsgebühren für Pfändungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1**

Bis zu	200 DM	einschließlich	5,— DM
bis zu	400 DM	einschließlich	9,— DM
bis zu	600 DM	einschließlich	12,— DM
bis zu	1 000 DM	einschließlich	16,— DM
bis zu	1 500 DM	einschließlich	20,— DM
bis zu	2 000 DM	einschließlich	24,— DM
bis zu	2 500 DM	einschließlich	28,— DM
bis zu	3 000 DM	einschließlich	32,— DM
bis zu	3 500 DM	einschließlich	36,— DM
bis zu	4 000 DM	einschließlich	40,— DM
bis zu	4 500 DM	einschließlich	44,— DM
bis zu	5 000 DM	einschließlich	48,— DM
bis zu	6 000 DM	einschließlich	54,— DM
bis zu	7 000 DM	einschließlich	60,— DM
bis zu	8 000 DM	einschließlich	66,— DM
bis zu	9 000 DM	einschließlich	72,— DM
bis zu	10 000 DM	einschließlich	78,— DM
bis zu	11 000 DM	einschließlich	83,— DM
bis zu	12 000 DM	einschließlich	88,— DM
bis zu	13 000 DM	einschließlich	93,— DM
bis zu	14 000 DM	einschließlich	98,— DM
bis zu	15 000 DM	einschließlich	103,— DM
bis zu	16 000 DM	einschließlich	108,— DM
bis zu	17 000 DM	einschließlich	113,— DM
bis zu	18 000 DM	einschließlich	118,— DM
bis zu	19 000 DM	einschließlich	123,— DM
bis zu	20 000 DM	einschließlich	128,— DM

von dem Mehrbetrag für je 1 000,— DM 5,— DM.  
Werte über 20 000,— DM sind auf volle 1 000,— DM aufzurunden.“

11. Die Anlage 4 erhält folgende Fassung:

„Anlage 4  
(zu § 4 Abs. 3)

**Verwertungsgebühren für die Versteigerung und andere Verwertung  
von Gegenständen nach § 4 Abs. 1**

Bis zu	200 DM	einschließlich	12,50 DM
bis zu	400 DM	einschließlich	22,50 DM
bis zu	600 DM	einschließlich	30,— DM
bis zu	1 000 DM	einschließlich	40,— DM
bis zu	1 500 DM	einschließlich	50,— DM
bis zu	2 000 DM	einschließlich	60,— DM
bis zu	2 500 DM	einschließlich	70,— DM
bis zu	3 000 DM	einschließlich	80,— DM
bis zu	3 500 DM	einschließlich	90,— DM
bis zu	4 000 DM	einschließlich	100,— DM
bis zu	4 500 DM	einschließlich	110,— DM
bis zu	5 000 DM	einschließlich	120,— DM
bis zu	6 000 DM	einschließlich	135,— DM
bis zu	7 000 DM	einschließlich	150,— DM
bis zu	8 000 DM	einschließlich	165,— DM
bis zu	9 000 DM	einschließlich	180,— DM
bis zu	10 000 DM	einschließlich	195,— DM
bis zu	11 000 DM	einschließlich	207,50 DM
bis zu	12 000 DM	einschließlich	220,— DM
bis zu	13 000 DM	einschließlich	232,50 DM
bis zu	14 000 DM	einschließlich	245,— DM
bis zu	15 000 DM	einschließlich	257,50 DM
bis zu	16 000 DM	einschließlich	270,— DM
bis zu	17 000 DM	einschließlich	282,50 DM
bis zu	18 000 DM	einschließlich	295,— DM
bis zu	19 000 DM	einschließlich	307,50 DM
bis zu	20 000 DM	einschließlich	320,— DM

von dem Mehrbetrag für je 1 000,— DM 12,50 DM.  
Werte über 20 000,— DM sind auf volle 1 000,— DM aufzurunden.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar  
1976 in Kraft.

Wiesbaden, den 24. Oktober 1975

Der Hessische Minister des Innern  
Bielefeld

**Neunte Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über die Bildung von Kammern für Handelssachen\*)**

Vom 24. Oktober 1975

Auf Grund des § 93 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 1. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 481) und § 1 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 9. August 1960 (GVBl. S. 153) wird verordnet:

Artikel 1

Bei dem Landgericht Limburg a. d. Lahn wird eine Kammer für Handelssachen gebildet.

Artikel 2

Die Verordnung über die Bildung von Kammern für Handelssachen in der Fas-

sung vom 7. November 1972 (GVBl. I S. 384), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Februar 1975 (GVBl. I S. 46), wird wie folgt geändert:

1. In dem Einzigsten Paragraphen erhält Abs. 1 Nr. 4 folgende Fassung:

„4. bei dem Landgericht Limburg a. d. Lahn eine Kammer für Handelssachen,“.

2. Die bisherigen Nr. 4 und 5 werden Nr. 5 und 6.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

Wiesbaden, den 24. Oktober 1975

Der Hessische Minister der Justiz  
Dr. Günther

\*) Ändert GVBl. II 210-24

**Verordnung  
zur Ausführung des Gesetzes über Unterrichtsgeld-  
und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen an den  
Ausbildungsstätten für landwirtschaftlich-technische Assistenten\*)**

Vom 28. Oktober 1975

Auf Grund des § 11 des Gesetzes über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen in der Fassung vom 30. Mai 1969 (GVBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 456), wird verordnet:

§ 1

Gastschülern steht Unterrichtsgeldfreiheit nicht zu; über Ausnahmen entscheidet der Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

§ 2

Gastschülern steht Lernmittelfreiheit nicht zu; über Ausnahmen entscheidet der Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

§ 3

Erziehungsbeihilfen können Schülern der weiterführenden öffentlichen Schulen gewährt werden, wenn

1. die staatliche Ausbildungsstätte für landwirtschaftlich-technische Assistenten im Lande Hessen liegt,
2. der Schüler über dem Durchschnitt liegende Leistungen zeigt oder erwarten läßt,
3. die Kosten der Ausbildung einschließlich des Lebensunterhalts nicht auf andere Weise aufgebracht werden können,
4. ein Rechtsanspruch auf individuelle Ausbildungsförderung nach anderen Rechtsvorschriften nicht besteht.

§ 4

(1) Erziehungsbeihilfen werden frühestens vom Monat der Antragstellung ab gewährt. Antragsberechtigt ist der gesetzliche Vertreter oder der Schüler selbst, wenn er volljährig ist.

(2) Der Antrag muß die Ausbildung, der die Erziehungsbeihilfe dienen soll,

\*) GVBl. II 72-53

bezeichnen und den bisherigen Ausbildungsgang des Schülers aufzeigen. Er muß ferner eine vollständige Aufstellung des gesamten Einkommens und des Vermögens des Schülers und seiner Eltern oder sonstiger Unterhaltspflichtigen enthalten. Der Antragsteller hat die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Angaben schriftlich zu versichern und auf Verlangen nachzuweisen.

(3) Anträge auf Gewährung von Erziehungsbeihilfen sind mit einer Stellungnahme des Leiters der staatlichen Ausbildungsstätte für landwirtschaftlich-technische Assistenten beim Hessischen Landesamt für Landwirtschaft einzureichen.

#### § 5

(1) Die Erziehungsbeihilfen werden vorbehaltlich der in Abs. 4 getroffenen Regelung widerruflich gewährt.

(2) Die Erziehungsbeihilfen sind zweckgebunden. Ihre zweckentsprechende Verwendung ist auf Verlangen nachzuweisen. Sie kann durch geeignete Maßnahmen gesichert werden.

(3) Erziehungsbeihilfen können entzogen oder gekürzt werden, wenn die Voraussetzungen für ihre Gewährung sich ändern. Der Antragsteller ist verpflichtet, jede Änderung der Voraussetzungen unverzüglich und unaufgefordert dem Hessischen Landesamt für Landwirtschaft mitzuteilen; im Bescheid ist ausdrücklich darauf hinzuweisen.

(4) Entsprechen die im Antrag enthaltenen Angaben nicht den tatsächlichen Verhältnissen während des Förderungszeitraums, so ist die Erziehungsbeihilfe ganz oder teilweise zurückzuzahlen. Der Antragsteller hat sich für diesen Fall schriftlich zur Rückzahlung zu verpflichten. Auf die Rückzahlung soll verzichtet werden, wenn den Antragsteller

kein Verschulden trifft und die Rückzahlung eine unzumutbare Härte bedeuten würde.

#### § 6

Über die Gewährung von Erziehungsbeihilfen entscheidet das Hessische Landesamt für Landwirtschaft. Die Entscheidung ist dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen. Die Erziehungsbeihilfe ist unbar zu zahlen.

#### § 7

Wenn besondere Gründe dies rechtfertigen, können Erziehungsbeihilfen auch Berufstätige bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres erhalten, wenn sie Ausbildungsmöglichkeiten außerhalb der Ausbildungsstätten mit dem Ziel benutzen, ihren Bildungsgang durch eine staatliche Prüfung abzuschließen. Die Erziehungsbeihilfe ist in der Regel zurückzuzahlen, wenn der Empfänger sich nicht innerhalb einer angemessenen Zeit der staatlichen Prüfung, auf die er sich vorbereitet hat, unterzieht; er hat sich vor Gewährung einer Erziehungsbeihilfe schriftlich zur Rückzahlung zu verpflichten. Auf die Rückzahlung soll verzichtet werden, wenn den Antragsteller kein Verschulden trifft und die Rückzahlung eine unzumutbare Härte bedeuten würde. Über den Antrag entscheidet der Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

#### § 8

Die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen an den Ausbildungsstätten für landwirtschaftlich-technische Assistenten vom 24. Mai 1973 (GVBl. I S. 194)<sup>1)</sup> wird aufgehoben.

#### § 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 28. Oktober 1975

Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt  
Görlach

<sup>1)</sup> GVBl. II 72-43

**Anordnung  
des Direktors des Landespersonalamtes über die Festsetzung  
von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen\*)**

Vom 22. Oktober 1975

Auf Grund des § 97 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Beamtengesetzes in der Fassung vom 16. Februar 1970 (GVBl. I S. 110), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1173), in Verbindung mit Nr. 1 Abs. 2 der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 23. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1173, 1174), geändert durch Gesetz vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2089), und des Art. IX § 4 Abs. 6 des Zweiten Gesetzes

zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1173), geändert durch Gesetz vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2089), wird bestimmt:

§ 1

Zu den in der Bundesbesoldungsordnung A aufgeführten Grundamtsbezeichnungen werden die nachstehenden Zusätze festgesetzt:

**Grundamtsbezeichnung**

1. Oberwachtmeister  
Hauptwachtmeister  
Erster Hauptwachtmeister
2. Assistent  
Sekretär  
Obersekretär  
Hauptsekretär
3. Amtsinspektor
4. Inspektor  
Oberinspektor  
Amtmann
5. Amtsrat  
Oberamtsrat
6. Rat  
Oberrat

**Zusatz zu der Grundamtsbezeichnung**

- Justiz-
- Forst-  
im Justizvollzugsdienst  
Justiz-  
Steuer-  
Technischer
- Forst-  
im Justizvollzugsdienst  
Steuer-  
Technischer
- Forst-  
Justiz-  
Steuer-  
Technischer
- Technischer
- Archiv-  
Bau-  
Berg-  
Bergvermessungs-  
Bibliotheks-  
Brand-  
Chemie-  
Eich-  
Forst-  
Gartenbau-  
Geologie-  
Gewerbe-  
Kriminal-  
Landwirtschafts-  
Magistrats-  
Medizinal-  
Pharmazie-  
Polizei-  
Psychologie-  
Rechts-  
Regierungs-  
Sparkassen-  
Vermessungs-  
Verwaltungs-  
Veterinär-  
Wissenschaftlicher

\*) GVBl. II 320-68



**Grundamtsbezeichnung**

7. Direktor

**Zusatz zu der Grundamtsbezeichnung**

Archiv-  
 Bau-  
 Berg-  
 Bergvermessungs-  
 Bibliotheks-  
 Brand-  
 Chemie-  
 Eich-  
 Forst-  
 Gartenbau-  
 Geologie-  
 Gewerbe-  
 Kriminal-  
 Landwirtschafts-  
 Magistrats-  
 Medizinal-  
 Museums-  
 Pharmazie-  
 Polizei-  
 Psychologie-  
 Rechts-  
 Regierungs-  
 Sparkassen-  
 Vermessungs-  
 Verwaltungs-  
 Veterinär-

8. Leitender Direktor

Bau-  
 Berg-  
 Brand- — in einer Stadt mit mehr als  
 500 000 Einwohnern —  
 Chemie-  
 Forst-  
 Geologie-  
 Gewerbe-  
 Kriminal-  
 Landwirtschafts-  
 Magistrats-  
 Medizinal-  
 Polizei-  
 Rechts-  
 Regierungs-  
 Sparkassen-  
 Vermessungs-  
 Verwaltungs- — bei der Hessischen  
 Zentrale für Daten-  
 verarbeitung —  
 — bei der Landesver-  
 sicherungsanstalt  
 Hessen —  
 — beim Landeswohlfahrts-  
 verband Hessen —  
 Veterinär-

§ 2

Soweit gesetzlich nichts anderes be-  
 stimmt ist, sind in der Besoldungsord-  
 nung A folgende Amtsbezeichnungen zu  
 führen:

**Besoldungsgruppe A 1**

Amtsgehilfe

**Besoldungsgruppe A 2**

Aufseher  
 Oberamtsgehilfe

**Besoldungsgruppe A 3**

Hauptamtsgehilfe  
 Justizoberwachtmeister  
 Oberaufseher  
 Wart

**Besoldungsgruppe A 4**

Amtsmeister  
 Hauptaufseher  
 Justizhauptwachtmeister  
 Oberwart

**Besoldungsgruppe A 5**

Assistent  
 Assistent im Justizvollzugsdienst  
 Betriebsassistent  
 Erster Justizhauptwachtmeister  
 Forstassistent  
 Hauptwart  
 Justizassistent  
 Oberamtsmeister  
 Steuerassistent  
 Technischer Assistent  
 Werkführer

**Besoldungsgruppe A 6**

Forstsekretär  
Justizsekretär  
Sekretär  
Sekretär im Justizvollzugsdienst  
Steuersekretär  
Technischer Sekretär  
Werkmeister

**Besoldungsgruppe A 7**

Forstobersekretär  
Justizobersekretär  
Obersekretär  
Obersekretär im Justizvollzugsdienst  
Oberwerkmeister  
Steuerobersekretär  
Technischer Obersekretär

**Besoldungsgruppe A 8**

Forsthauptsekretär  
Hauptsekretär  
Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst  
Hauptwerkmeister  
Justizhauptsekretär  
Steuerhauptsekretär  
Technischer Hauptsekretär

**Besoldungsgruppe A 9**

Amtsinspektor  
Amtsinspektor im Justizvollzugsdienst  
Betriebsinspektor  
Forstamtsinspektor  
Forstinspektor  
Inspektor  
Justizinspektor  
Steueramtsinspektor  
Steuerinspektor  
Technischer Amtsinspektor  
Technischer Inspektor

**Besoldungsgruppe A 10**

Forstoberinspektor  
Justizoberinspektor  
Oberinspektor  
Steueroberinspektor  
Technischer Oberinspektor

**Besoldungsgruppe A 11**

Amtmann  
Forstamtmann  
Justizamtmann  
Steueramtmann  
Technischer Amtmann

**Besoldungsgruppe A 12**

Amtsrat  
Technischer Amtsrat

**Besoldungsgruppe A 13**

Archivrat  
Arzt  
Baurat  
Bergrat  
Bergvermessungsrat  
Bibliotheksrat  
Brandrat  
Chemierat  
Eichrat  
Forstrat  
Gartenbaurat  
Geologierat  
Gewerberat  
Kriminalrat  
Landwirtschaftsrat

Magistratsrat  
Medizinalrat  
Oberamtsrat  
Pharmazierat  
Polizeirat  
Psychologierat  
Rechtsrat (nur in Landkreisen und  
bisherige Amtsinhaber)  
Regierungsrat  
Sparkassenrat  
Technischer Oberamtsrat  
Vermessungsrat  
Verwaltungsrat  
Veterinärtrat  
Wissenschaftlicher Rat

**Besoldungsgruppe A 14**

Archivoberrat  
Arzt  
Bauberrat  
Bergoberrat  
Bergvermessungsoberrat  
Bibliotheksoberrat  
Brandoberrat  
Chemieoberrat  
Eichoberrat  
Forstoberrat  
Gartenbauoberrat  
Geologieoberrat  
Gewerbeoberrat  
Kriminaloberrat  
Landwirtschaftsoberrat  
Magistratsoberrat  
Medizinaloberrat  
Pharmazieoberrat  
Polizeioberrat  
Psychologieoberrat  
Rechtsoberrat (nur in Landkreisen  
und bisherige Amtsinhaber)  
Regierungsoberrat  
Sparkassenoberrat  
Vermessungsoberrat  
Verwaltungsoberrat  
Veterinäroberrat  
Wissenschaftlicher Oberrat

**Besoldungsgruppe A 15**

Archivdirektor  
Baudirektor  
Bergdirektor  
Bergvermessungsdirektor  
Bibliotheksdirektor  
Branddirektor  
Chemiedirektor  
Eichdirektor  
Forstdirektor  
Gartenbaudirektor  
Geologiedirektor  
Gewerbebedirektor  
Kriminaldirektor  
Landwirtschaftsdirektor  
Magistratsdirektor  
Medizinaldirektor  
Museumsdirektor  
Pharmaziedirektor  
Polizeidirektor  
Psychologiedirektor  
Rechtsdirektor (nur in Landkreisen  
und bisherige Amtsinhaber)  
Regierungsdirektor  
Sparkassendirektor  
Vermessungsdirektor  
Verwaltungsdirektor  
Veterinärdirektor

**Besoldungsgruppe A 16**

Leitender Baudirektor  
 Leitender Bergdirektor  
 Leitender Branddirektor — in einer  
 Stadt mit mehr als 500 000 Ein-  
 wohnern —  
 Leitender Chemiedirektor  
 Leitender Forstdirektor  
 Leitender Geologiedirektor  
 Leitender Gewerbedirektor  
 Leitender Kriminaldirektor  
 Leitender Landwirtschaftsdirektor  
 Leitender Magistratsdirektor  
 Leitender Medizinaldirektor  
 Leitender Polizeidirektor  
 Leitender Rechtsdirektor  
 (nur in Landkreisen und bisherige  
 Amtsinhaber)  
 Leitender Regierungsdirektor  
 Leitender Sparkassendirektor  
 Leitender Vermessungsdirektor  
 Leitender Verwaltungsdirektor  
 — bei der Hessischen Zentrale  
 für Datenverarbeitung —  
 — bei der Landesversicherungs-  
 anstalt Hessen —  
 — beim Landeswohlfahrts-  
 verband Hessen —  
 Leitender Veterinärdirektor

§ 3

Die Amtsbezeichnungen, die nach dem Hessischen Besoldungsgesetz zu führen waren und durch die Festsetzung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnun-

gen nach § 1 geändert werden, sind in der Überleitungsübersicht (Anlage) gegenübergestellt.

Anlage

§ 4

Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, führen die Beamten der obersten Landesbehörden folgende Amtsbezeichnungen:

1. In den Laufbahngruppen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes führen die Beamten die Amtsbezeichnungen, die für Beamte der Laufbahnen der allgemeinen und inneren Verwaltung maßgebend sind.
2. Abweichend von Nr. 1 führen Beamte, deren Laufbahn nicht der Laufbahn der allgemeinen Verwaltung gleichwertig im Sinne des § 18 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes ist, die für ihre Laufbahn zutreffenden Amtsbezeichnungen (z. B. Polizeihauptkommissar, Forstamtmann, Technischer Amtmann).
3. Im höheren Dienst führen die Beamten ab der Besoldungsgruppe A 16 die für den Ministerialbereich gebräuchlichen Amtsbezeichnungen; dies gilt nicht für die Schulaufsichtsbeamten im Bereich des Kultusministeriums.

§ 5

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 22. Oktober 1975

Der Direktor  
 des Landespersonalamtes Hessen  
 Dr. Bovermann

## Anlage

## Überleitungsübersicht

Bisherige BesGr.	Bisherige Amtsbezeichnung	Neue BesGr.	Neue Amtsbezeichnung
A 3 + Z.	Justizwachmeister	A 3 + Z.	Justizoberwachmeister
A 4 + Z.	Justizoberwachmeister	A 4 + Z.	Justizhauptwachmeister
A 5	Forstwart	A 5	Forstassistent
A 5	Justizhauptwachmeister	A 5	Erster Justizhauptwachmeister
A 5	Wachmeister im Strafvollzugsdienst	A 5	Assistent im Justizvollzugsdienst
A 5	Werkführer im Strafvollzugsdienst	A 5	Werkführer
A 6	Oberwachmeister im Strafvollzugsdienst	A 6	Sekretär im Justizvollzugsdienst
A 6	Revierforstwart	A 6	Forstsekretär
A 7	Hauptwachmeister im Strafvollzugsdienst	A 7	Obersekretär im Justizvollzugsdienst
A 7	Oberforstwart	A 7	Forstobersekretär
A 8	Hauptwerkmeister im Strafvollzugsdienst	A 8	Hauptwerkmeister
A 8	Revieroberforstwart	A 8	Forsthauptsekretär
A 8	Verwalter im Strafvollzugsdienst	A 8	Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst
A 9	Amtsinspektor	A 9	Steueramtsinspektor (nur Amtsinhaber, die der Laufbahn des mittleren Dienstes in der Steuerverwaltung angehören)
A 9	Betriebsinspektor	A 9	Inspektor (nur Amtsinhaber, die der Laufbahn des gehobenen Dienstes angehören)
A 9	Oberverwalter im Strafvollzugsdienst	A 9	Amtsinspektor im Justizvollzugsdienst
A 9	Revierförster	A 9	Forstinspektor
A 9	Revieroberforstwart	A 9	Forstamtsinspektor
A 10	Oberförster	A 10	Forstoberinspektor
A 13	Apotheker	A 13	Pharmazierat
A 13	Direktor bei einem staatlichen Theater	A 13	Regierungsrat
A 13	Forstmeister	A 13	Forstrat
A 13	Regierungsrat	A 13	Geologierat (nur Amtsinhaber, die entsprechende Funktionen wahrnehmen)
A 13	Schulpsychologe	A 13	Psychologierat
A 14	Direktor beim Hygienischen Institut in Frankfurt (Main)	A 14	Magistratsoberrat
A 14	Direktor bei einem staatlichen Theater	A 14	Regierungsobererrat

Bisherige BesGr.	Bisherige Amtsbezeichnung	Neue BesGr.	Neue Amtsbezeichnung
A 14	Oberapotheker	A 14	Pharmazieoberrat
A 14	Oberarchivrat	A 14	Archivoberrat
A 14	Oberbaurat	A 14	Bauberrat
A 14	Oberbergerrat	A 14	Bergoberrat
A 14	Oberbergvermessungsrat	A 14	Bergvermessungsoberrat
A 14	Oberbrandrat	A 14	Brandoberrat
A 14	Oberchemikerat	A 14	Chemieoberrat
A 14	Obereichrat	A 14	Eichoberrat
A 14	Oberforstmeister	A 14	Forstoberrat
A 14	Oberforstrat	A 14	Forstoberrat
A 14	Obergewerberat	A 14	Gewerbeoberrat
A 14	Oberlandwirtschaftsrat	A 14	Landwirtschaftsoberrat
A 14	Obermagistratsrat	A 14	Magistratsoberrat
A 14	Obermedizinalkrat	A 14	Medizinaloberrat
A 14	Oberrechtsrat	A 14	Rechtsoberrat (nur in Landkreisen und bisherige Amtsinhaber)
A 14	Oberregierungsrat	A 14	Regierungsoberrat (nur Amtsinhaber, die entsprechende Geologieoberrat Funktionen wahrnehmen)
A 14	Obervermessungsrat	A 14	Psychologieoberrat
A 14	Oberverwaltungsrat	A 14	Vermessungsoberrat
A 14	Oberveterinärar	A 14	Verwaltungsoberrat
A 14	Schuloberpsychologe	A 14	Veterinäroberrat
A 14 a	Oberbaurat	A 14	Psychologieoberrat
A 14 a	Oberchemikerat	A 14	Bauberrat
A 14 a	Obermedizinalkrat	A 14	Chemieoberrat
A 14 a	Oberpharmazierat	A 14	Medizinaloberrat
A 14 a	Oberrechtsrat	A 14	Pharmazieoberrat
A 14 a	Oberverwaltungsrat	A 14	Rechtsoberrat (nur in Landkreisen und bisherige Amtsinhaber)
A 14 a	Oberveterinärar	A 14	Verwaltungsoberrat
A 15	Apothekendirektor	A 15	Veterinäroberrat
A 15	Landesrat	A 15	Pharmaziedirektor
A 15	Landforstmeister	A 15	Verwaltungsdirektor
			Forstdirektor

Bisherige BesGr.	Bisherige Amtsbezeichnung	Neue BesGr.	Neue Amtsbezeichnung
A 15	Oberbergamtsdirektor	A 15	Bergdirektor
A 15	Regierungsdirektor	A 15	Geologiedirektor Bergdirektor (nur Amtsinhaber, die entsprechende Funktionen wahrnehmen)
A 15	Sparkassenoberrat	A 15	Psychologiedirektor Sparkassendirektor
A 16	Baudirektor	A 16	Leitender Baudirektor
A 16	Branddirektor in Frankfurt (Main)	A 16	Leitender Branddirektor — in einer Stadt mit mehr als 500 000 Einwohnern —
A 16	Chemiedirektor	A 16	Leitender Chemiedirektor
A 16	Gewerbedirektor	A 16	Leitender Gewerbedirektor
A 16	Kriminaldirektor	A 16	Leitender Kriminaldirektor
A 16	Landesrat	A 16	Leitender Verwaltungsdirektor — beim Landeswohlfahrtsverband Hessen —
A 16	Landforstmeister	A 16	Leitender Forstdirektor
A 16	Landwirtschaftsdirektor	A 16	Leitender Landwirtschaftsdirektor
A 16	Magistratsdirektor	A 16	Leitender Magistratsdirektor
A 16	Medizinaldirektor	A 16	Leitender Medizinaldirektor
A 16	Oberbergamtsdirektor	A 16	Leitender Bergdirektor
A 16	Polizeidirektor	A 16	Leitender Polizeidirektor
A 16	Rechtsdirektor	A 16	Leitender Rechtsdirektor (nur in Landkreisen und bisherige Amtsinhaber)
A 16	Regierungsdirektor	A 16	Leitender Regierungsdirektor
A 16	Sparkassendirektor	A 16	Leitender Geologiedirektor (nur Amtsinhaber, die entsprechende Funktionen wahrnehmen)
A 16	Vermessungsdirektor	A 16	Leitender Sparkassendirektor
A 16	Verwaltungsdirektor bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung	A 16	Leitender Vermessungsdirektor
A 16	Verwaltungsdirektor bei der Landesversicherungsanstalt	A 16	Leitender Verwaltungsdirektor — bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung —
A 16	Veterinärdirektor	A 16	Leitender Verwaltungsdirektor — bei der Landesversicherungsanstalt Hessen —
A 16		A 16	Leitender Veterinärdirektor

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Staatsvertrages**  
**über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens**  
**(Rundfunkgebührenstaatsvertrag) vom 5. Dezember 1974\*)**

**Vom 31. Oktober 1975**

Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens (Rundfunkgebührenstaatsvertrag) vom 27. Mai 1975 (GVBl. I S. 135) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Staatsvertrag nach seinem Art. 12 Abs. 1 Satz 2 am 1. Januar 1976 in Kraft treten wird.

Wiesbaden, den 31. Oktober 1975

Der Hessische Ministerpräsident  
Osswald

\*) Zu GVBl. II Anhang Staatsverträge S. 171

## *Schlutz mit dem Wählen!*

Haben Sie sich nicht schon oft mehr oder weniger laut bei sich selbst oder bei Ihren Mitarbeitern beklagt, daß Sie ein hessisches Gesetz, eine Verordnung in der falschen Fassung vorgelegt bekommen haben?

Vielleicht haben Sie ein gutes Büro, wo man alle Gesetzesänderungen in die älteren Texte, die bei Ihnen sorgfältig abgelegt sind, überträgt — vorausgesetzt, daß die Mitarbeiter nicht so überlastet sind oder Sie nicht mit neuen unzureichenden Kräften arbeiten müssen, damit das alles in Ordnung geht.

Deswegen hat die hessische Staatsregierung da Abhilfe geschaffen, indem sie durch eine berufene Persönlichkeit, die lange Zeit nur damit befaßt war, das

## Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil II hat herausbringen lassen.

In diesem großen Werk sind nicht nur alle Rechtsvorschriften, die seit Jahrhunderten in den verschiedenen Teilen, aus denen sich Hessen zusammensetzt, erlassen wurden und die noch Gültigkeit haben, zusammengefaßt worden, wobei man auf einen Bruchteil der früheren Bestimmungen gekommen ist; vor allem werden hier alle neuen Gesetze und Verordnungen sowie jede Änderung einer früheren Rechtsvorschrift so gebracht, daß der Benutzer stets das Gesetz, die Verordnung in der heute gültigen Fassung vor sich liegen und jederzeit zur Hand hat.

Jetzt braucht man Neuerungen, die manchmal nur ein Wort, oft aber ganze große Paragraphen ausmachen, nicht mehr in das alte Stück einzutragen. Der nun endgültige Text jeder Rechtsvorschrift liegt hier griffbereit in der letzten Fassung vor.

Das Ganze ist in mehreren Ordnern zusammengefaßt, so daß alles leicht aufgefunden werden kann. In der Zeit des Personal-mangels war diese Regelung notwendig und ist allgemein begrüßt worden.

Sollten Sie diese Ausgabe noch nicht besitzen, die Sie natürlich laufend nachbeziehen können, so schreiben Sie an den Verlag. Er schickt Ihnen gerne genaue Unterlagen.

**VERLAG DR. MAX GEHLEN**

6380 Bad Homburg vor der Höhe 1 · Postfach 22 47